

Dienstag (Nachmittag), 15. März 2022 / mardi après-midi, 15 mars 2022

**2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**95 2021.RRGR.87 Motion 062-2021 Matti (Zweisimmen, Die Mitte)
Postdienstleistung im Kanton Bern sicherstellen**

**95 2021.RRGR.87 Motion 062-2021 Matti (Zweisimmen, Le Centre)
Garantir les prestations postales dans le canton de Berne**

Le président. Nous passons à l'affaire du point numéro 95 de l'ordre du jour. Il s'agit d'une motion, le débat est libre. Le gouvernement propose un vote point par point avec l'adoption du premier chiffre et son classement et le rejet du chiffre 2. Pour défendre la motion, je laisse la parole à M. le député Matti qui doit encore s'inscrire – c'est fait, merci.

Matthias Matti, Zweisimmen (Die Mitte), Motionär. Der Punkt 1 dieser Motion will, dass die zeitgerechten Postdienstleistungen im ganzen Kanton für alle Bürgerinnen und Bürger, ob im Turbachtal oder in der Stadt Bern, sichergestellt sind. Dies kann mit einer Poststelle geschehen, aber auch in einer Gemeindeverwaltung, bei einem Detaillisten oder eben auch mit einem Hausservice. Vielen Dank, Herr Wirtschaftsdirektor, für Ihre Antwort, und dafür, dass Sie dies bereits heute tun und auch in Zukunft umsetzen wollen. Die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Bern sind Ihnen dafür dankbar. Deshalb beantrage ich auch, auf die Abschreibung zu verzichten. Wenn man dies schon jetzt macht, und gut macht, ist es auch gut, wenn man dies in Zukunft so weitermacht.

Zu Punkt 2: Bei der Schliessung sei die Umlagerung in private Gewerbebetriebe zu kostendeckenden Konditionen sicherzustellen. Jetzt wird es ein wenig heikler. Gemäss der Antwort der Regierung werde der Schliessungsprozess zusammen mit den Planungsregionen begangen. Davon wiederum wollen die Regionen nichts wissen. Eine einzige Besprechung habe stattgefunden, die eher einem Verkaufs-Event geglichen habe. Keine Vernehmlassung in den Gemeinden. Die Regionen werden zum Überbringen von schlechten Nachrichten missbraucht. Nicht einmal der Abschlussentscheid wurde den Regionen mitgeteilt. Der Kanton und die Planungsregionen werden von der übermächtigen Post vorgeführt und um den Finger gewickelt. Schauen wir einmal einen solchen Vertrag aus der Region Thunersee etwas genauer an. Der Tourismusverein hat am Anfang einen Vertrag für 25'000 Franken erhalten. Heute erhalten sie für die genau gleiche Dienstleistung gerade noch die Hälfte: 12'500 Franken. Weder den Kanton noch den Bund interessiert es, und die Last wird einfach dem Dienstleister vor Ort überlassen.

Als Kantonspolitiker ist es mir ein Anliegen, dass die Bevölkerung nicht nur in der Stadt Bern, sondern auch in Lauenen, in Guttannen, in Trubschachen, aber auch in Reconvilier Anrecht auf Postdienstleistungen hat. Wie schreibt die Post, respektive die Regierung, in der Antwort auf die Motion: «Es muss über die Digitalisierung und Modernisierung der Grundversorgungsaufträge nachgedacht werden.» Klar doch, da bin ich auch voll dabei! Aber bis wir diese Dienstleistungen mittels Drohnen in den Bergdörfern erbringen können, oder den Briefträger in die Regionen hinaus beamten können, werden noch ein paar Jahre vergehen. Jahre, in denen unsere Leute ein legitimes Anrecht auf den Service Public haben. Lassen wir doch unsere Bürgerinnen und Bürger nicht im Regen stehen, und prüfen wir doch mindestens, ob wir uns nicht als Kanton stärker für die Interessen dieser Bürgerinnen einsetzen können! Ob wir uns nicht einsetzen könnten für faire Verträge für diese Dienstleister, oder ob sich der Kanton nicht auch an den Unkosten beteiligen könnte, anstatt nur den Hampelmann für die Post zu spielen.

Reagieren wir nicht heute, werden wir weitere Poststellen schliessen. Schleichend werden Dienstleistungen und der Service Public im ganzen Kanton Bern abgebaut. Das Beispiel Kandersteg zeigt dies deutlich: Hier hat die BLS die Öffnungszeiten massiv reduziert. Damit werden auch die Öffnungszeiten der Post massiv zurückgehen. Von unserer Seite interessiert es niemanden, Schuld ist der Dienstleister, sicher nicht die Post, sondern die BLS. Ich bin gespannt, wie wir uns dazu stellen. Ich freue mich auf die Debatte. Ich verlange eine punktweise Abstimmung, bestreite die Abschreibung von Punkt 1 und bin bereit, den Punkt 2 in ein Postulat zu wandeln.

Le président. Vous l'avez entendu, le chiffre 1 est maintenu sous la forme d'une motion et le classement être combattu et le chiffre 2 est transformé en postulat. Les groupes ont la parole. Le premier à s'inscrire est le groupe PS-JS-PSA par la voix de Mme la députée Schindler.

Meret Schindler, Bern (SP), Fraktionssprecherin. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird dem Punkt 1 als Motion zustimmen, und dem Punkt 2 auch als Postulat. Ich bin aber schon ein wenig irritiert darüber, dass der Vorstoss von dir kommt, und der letzte Vorstoss in dieser Richtung von Barbara Josi von der SVP stammte. Es sind Ihre nationalen Politikerinnen und Politiker, die die Post liberalisieren, der freien Marktwirtschaft unterstellt und gesagt haben, sie müsse rentieren. Es sei nicht mehr ein Service Public. Unsere Leute haben gesagt, es sei ein Service Public, und es werde vor allem auf dem Land, dezentral, ein Problem geben. Jetzt haben wir die Umsetzung, und es läuft nicht so gut. Wir hätten selbstverständlich am liebsten richtige Poststellen und nicht überall so kleine Läden oder BLS-Schalter, wie du vorhin beschrieben hast. Aber jetzt, wo wir dieses Problem haben, kommen Sie und politisieren «lokal-sozialistisch», wie Res Hofmann jeweils gesagt hat, und wehren sich gegen diese Dinge. Bitte schauen Sie diese Sachen doch an, bevor auf nationaler Ebene solche Grundsatzentscheide in die falsche Richtung gefällt werden. Hören Sie unseren Leuten zu, wenn sie eine Ahnung davon haben. Beim Service Public ist die SP kompetent. Ich denke, dies bestreitet niemand. Beugen Sie solchen Dingen vor. Aber selbstverständlich unterstützen wir den ersten Punkt als Motion und den zweiten Punkt als Postulat.

Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP), Fraktionssprecher. Ich nehme es vorweg: Die FDP-Fraktion wird sich den Anträgen des Regierungsrates anschliessen: Punkt 1, Annahme und gleichzeitige Abschreibung, und den Punkt 2 lehnen wir ab, auch wenn er jetzt in ein Postulat gewandelt wurde. Warum? Es wurde heute im Zusammenhang mit der BKW von Cornelia Hässig schon gesagt, sie habe den Eindruck, das BKW-Thema sei eines der Top Ten. Ich denke, dass man ohne zu übertreiben sagen kann, dass das Thema «Poststellen» wohl auch zu den Top Ten gehört. Für den Regierungsrat mag dies etwas mühsam sein, dafür habe ich Verständnis. Aber es hat immerhin den Vorteil, dass er bei seinen Antworten im Prinzip genau gleich argumentieren kann, wie er dies bei den vorherigen, ähnlich lautenden Vorstössen getan hat.

Es schleckt keine Geiss weg, dass die Versorgung der Bevölkerung mit postalischen Grunddienstleistungen eine Sache des Bundesgesetzgebers ist und die Spielregeln auf Bundesebene definiert werden. Der Regierungsrat hat hier keinen primären Zuständigkeitsbereich, wo er aktiv werden muss. Bei Punkt 1 weist der Regierungsrat aus unserer Sicht zu Recht darauf hin, dass die Transformation gewisser Poststellen in eine andere Form in sehr vielen Fällen durchaus erfolgreich durchgeführt wurde. Dies soll auch weiterhin so gemacht werden. Aber der Lead liegt definitiv nicht beim Kanton, respektive beim Regierungsrat.

Was aus meiner Sicht gegenüber den früheren diesbezüglichen Vorstössen eher neu ist, ist die Ziffer 2: Der Regierungsrat habe sicherzustellen, dass bei Schliessungen und Umlagerungen in private Gewerbebetriebe kostendeckende Konditionen gewährleistet sein sollen. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Matti hat in einem Nebensatz gesagt, worum es eigentlich geht: Offenbar wäre die Idee, dass der Kanton einspringen müsste, wenn ein Gewerbebetrieb von der Post keine kostendeckenden Entschädigungen erhielte, und die Differenz ausgleichen müsse. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es kann wohl nicht sein, dass der Kanton Bern anstelle des Bundes in eine Zuständigkeitslücke springen würde, wo er gar nicht zuständig ist. In diesem Zusammenhang müsste man sich noch überlegen, welches Signal man gegenüber dem Bund aus-

senden würde, wenn dieser davon ausgehen könnte, dass der Kanton Bern dann schon schaut, dass es ins Lot kommt, wenn die Anbieter nicht zufrieden sind. Man würde gegenüber dem Bund einen völlig falschen Anreiz setzen. Deshalb lehnen wir die Ziffer 2 auch als Postulat ab.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), porte-parole de groupe. Les services publics, notamment celui de La Poste, est un service important, aussi pour le groupe évangélique. Cependant, ce n'est pas au canton de garantir des formes de prestations ou des structures qui ne correspondraient plus aux besoins des clients. Il faut soi-même se poser la question, – et là, je dois humblement avouer que je mets relativement rarement les pieds au bureau de poste- et que la forme de prestation ou le facteur prend mon courrier que je mets en bas dans la boîte aux lettres, est aussi intéressant pour moi. Il y a clairement lieu de tenir aussi compte des rôles entre le canton et la Confédération. Le groupe évangélique est ainsi en tous points d'accord avec le gouvernement et se prononcera en conséquence, soit d'accepter de classer le premier point et de refuser le deuxième.

Barbara Stucki, Stettlen (glp), Mitmotionärin, Fraktionssprecherin. Ich spreche als Mitmotionärin und als Sprecherin der glp, und wie Sie feststellen werden, ein wenig mehr als Mitmotionärin als als Sprecherin der glp.

Der Service Public soll sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richten. Dazu gehören auch Postdienstleistungen. Es hat aus Sicht der glp keinen Sinn, Poststellen auf Biegen und Brechen aufrechtzuerhalten, wenn sie zu wenig frequentiert werden. Alternativen wie Postagenturen oder ausgebauten Dienstleistungen an der Türe entsprechen vielerorts den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht weniger gut als eine traditionelle Poststelle. Aber wir Motionäre stellen fest, dass die Post kein fairer Partner dieser Postagenturen ist, wie Grossrat Matti gut ausgeführt hat. Würde man die benötigte Fläche und die Bereitstellung von Personal effektiv berechnen, dann würden die Kosten die bezahlte Abgeltung der Agenturen um ein X-faches übersteigen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, eine Mischrechnung zu machen, aber dass schlussendlich die kleinen Dorfläden, die in der Regel solche Agenturen führen, mit ihren sowieso nicht so grossen Umsätzen auch noch die Post quersubventionieren und diese Dienstleistungen für ein Trinkgeld anbieten, finden wir Motionäre nicht korrekt. Es sollte im Sinne der Regierung sein, dass solche Dienstleistungen in den Dörfern aufrechterhalten werden können und diese kleinen Läden nicht auch noch geschröpft werden. Dort wird eine Grundversorgung für die Bevölkerung geleistet, und dort gibt es auch noch Arbeitsplätze vor Ort, und diese bezahlen auch Steuern.

Sie haben es von Grossrat Matti gehört: Der Dialog, der in der Antwort der Regierung beschrieben wird, ist in Wahrheit eher ein Monolog. In einem Dialog sucht man Lösungen, bei denen beiden Seiten Recht getan wird. Wir haben stark den Eindruck, dass die Post, die notabene finanziell nicht unbedingt schlecht gestellt ist, ihre Monopolstellung ausnützt, um die Preise zu drücken, und dass die Regierung ihre Stellung deutlich besser nutzen könnte, um der Post auch einmal den Tarif durchzugeben. Der Kanton Bern ist notabene der zweitgrösste Kanton der Schweiz. Wir haben den Eindruck, dass es eine beachtliche Symbolwirkung hätte, wenn sich die Berner Regierung für einen echten und fairen Dialog in Sachen Abgeltung der Postagenturen einsetzen und die Planungsregionen entsprechend unterstützen würde, sodass diese nicht immer nur die schlechten Neuigkeiten überbringen müssen. Die glp-Fraktion wird grossmehrheitlich abstimmen wie von der Regierung empfohlen. Ich selber beantrage Ihnen wie Grossrat Matti die Annahme der Punkte 1 und 2.

Katja Riem, Kiesen (SVP), Fraktionssprecherin. Die Post scheint hier drin kein neues Thema, beziehungsweise kein neues Problem zu sein. Man merkt es, der ländliche Raum wird laut, denn die Post macht im Moment gerade was sie will. Der Regierungsrat antwortet auf diesen sowie auf andere Vorstösse immer wieder mit dem Argument, dass der Bund zuständig sei, und bezieht sich ständig auf das Postgesetz (PG) und die Postverordnung. Weil dies anscheinend ach so heilige Schriften sein sollen, habe ich gedacht, ich müsse mich diesen etwas genauer annehmen. Siehe da: Es finden sich ganz interessante Artikel darin. Zum Beispiel Artikel 14, Absatz 5a: «Die Post stellt landesweit ein flächendeckendes Poststellen- und Postagenturennetz sicher. Es wird sichergestellt, dass die Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen in allen Regionen in angemessener Dis-

tanz zugänglich ist.» Oder Artikel 6: «Vor der Schliessung oder Verlegung eines bedienten Zugangspunktes hört die Post die Behörden der betreffenden Gemeinden an. Sie strebt eine einvernehmliche Lösung an.» Ich könnte Ihnen zahlreiche Beispiele aufzählen, wo diese Artikel schon lange nicht mehr eingehalten werden. Ich bin davon überzeugt, dass diejenigen hier drin, die aus dem ländlichen Raum kommen, dies bestätigen können. Der Post muss man also unbedingt besser auf die Finger schauen. Es geht hier nicht um eine Einmischung ins operative Geschäft, sondern einfach um die Umsetzung dieser klaren Artikel. Es hat auch nichts mit der Auslagerung zu tun, die Meret Schindler angesprochen hat. Für die Grundversorgung erhält die Post immer noch einen tollen neunstelligen Betrag. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss sehr grossmehrheitlich. Auch ich persönlich empfehle Ihnen ausdrücklich, den grünen Knopf zu drücken.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. Ich denke, eines kann man nach dieser Debatte hier sicher festhalten: Die Post ist etwas, das in diesem Kanton bewegt, und dies zu Recht, denn wir alle sind von diesen Dienstleistungen direkt oder indirekt betroffen. Die Älteren vielleicht, weil sie noch Briefe schreiben. Jenen, die noch Liebesbriefe schreiben, sei es gegönnt, dass sie diese noch erhalten. Die anderen, die Jungen, erhalten Pakete. Wenn man sieht, wie viele Pakete gerade von jungen Leuten verschickt und vor allem empfangen werden, merkt man, dass im Moment alle Generationen weiterhin trotz veränderter Rahmenbedingungen vom Thema «Post» mitbetroffen. Dies zeigt sehr eindrücklich, dass es sich um eine Dienstleistung für uns alle handelt, die wir etwas unterschiedlich, und zukünftig auch in anderer Form nutzen werden. Es werden weiterhin Waren und Materialien verschickt, und wir sind alle davon betroffen. Die grüne Fraktion ist sich sehr bewusst, wie wichtig die breite Abstützung und der Service Public in den Randregionen sind. Dafür stehen wir auch ein. Deshalb sind wir auch bereit, den Punkt 1 so anzunehmen. Damit wollen wir der Regierung den klaren Auftrag mitgeben, dass sie gegenüber der Post, mit der sie sich regelmässig trifft, die Interessen dieses grossen Kantons einbringt und sagt, dass es wichtig ist, dass man überall Zugang zu Dienstleistungen hat, auch wenn sich die Form tatsächlich geändert hat. Was die Berücksichtigung der Gemeinden oder Regionalverbände betrifft, ist es sicher wichtig, dass man sagt, es reiche nicht, nur einseitig zu kommunizieren. Vielmehr muss man in beide Richtungen hinhören und die Bedürfnisse der Bevölkerung anhören. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dies insbesondere an die Adresse der SVP und an meine Vorrednerin: Das Bundesparlament ist zuständig für die Rahmenbedingungen dieser Liberalisierung. Insofern ist es schon ein wenig ein «Briefträgerinnen-Vorstoss.» Man kann jetzt lange sagen, man sei mit den Tarifen nicht einverstanden, die die einzelnen Postagenturen oder kleinen Läden erhielten. Aber die Rahmenbedingungen werden vom Bund gesteuert. Bitte sagen Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen im nationalen Parlament, sie sollen sich dort dafür einsetzen, dass der Service Public so interpretiert und das Postgesetz vielleicht dementsprechend geändert wird. Ich denke nicht, dass es sinnvoll ist, dass der Kanton Bern dem Dorfladen die Differenz bezahlen muss. Ich habe auch schon gehört, dass selbst im städtischen Raum Agenturen nicht zufrieden damit sind, wie die Post ihre Aufträge erteilt, und sie kaum ihre Dienstleistungen erbringen können. Von daher gesehen besteht hier tatsächlich Handlungsbedarf – durchaus nicht nur im ländlichen Raum.

Die grüne Fraktion folgt der Regierung. Wir sind bei Punkt 1 bereit, ihn anzunehmen. Wir denken aber auch, dass die Abschreibung notwendig ist. Wir haben es gesagt: Der Regierungsrat soll dieses Anliegen mitnehmen. Die Gespräche finden bereits statt, und dies ist richtig und wichtig. Bei Punkt 2 würden wir der Regierung folgen bei der Ablehnung. Über die Umwandlung in ein Postulat haben wir nicht diskutiert. Aber nochmals: Wenn man auf nationaler Ebene die Liberalisierung will, ist es schon etwas speziell, wenn man danach auf kantonaler Ebene sagt, dass die Konditionen geändert werden müssten. Wie gesagt, ist es ein «Briefträgerinnen-Vorstoss», liebe SVP. Geben Sie doch den Brief bei Ihren Leuten im nationalen Parlament ab, vielleicht persönlich, das kann man hier in Bern tun. Gehen Sie ins Bundeshaus und setzen Sie sich bei Ihren Kolleginnen und Kollegen dafür ein.

Alfons Bichsel, Merligen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Liebe Natalie Imboden, es ist am einfachsten, einen Puck, den man zugespielt bekommt, so schnell wie möglich jemand anderem zuzu-

schieben. Doch dies hilft nicht weiter. Hier haben wir so einen Fall. Wer kennt sie nicht, die Frauen und Männer, die im Dorf den Einkauf tätigen, zur Bank gehen, dort Geld abheben und danach vis-à-vis bei der Post Einzahlungen machen? Sorry, ja, dieses Bild, das ich hier zeichne, ist wohl schon ein paar Jahre alt. Die Jüngeren hier im Raum werden wohl nicht einmal mehr das gelbe Einzahlungsbüchlein kennen. Aber es gibt sie noch, diese Orte, die ein intaktes Dorfzentrum haben, sogar noch mit einer Bank und mit einer Post. Ja, die ganze Digitalisierung hat auch negative Folgen, und diese spüren wir, vor allem im ländlichen Raum, indem verschiedene dieser Dienstleistungen verschwinden, ohne Rücksichtnahme auf die ältere Bevölkerungsschicht. Es gibt nach wie vor Personen, die noch nicht mit dem Handy Einzahlungsscheine einscannen und direkt das Post- oder Bankkonto angeben können, und dann ist es erledigt. Nein, sie haben dies noch nicht. Deshalb ist die Aufhebung der Postdienststellen eine der grössten, einschneidendsten Veränderungen für diese Bevölkerungsschicht.

Leider wird der Digitalisierungsprozess nicht aufzuhalten sein. Aber wir müssen Lösungen für diese Probleme finden. Natürlich ist die Post auch schon bereit, diese Lücken mit verschiedenen Angeboten zu schliessen. Zu diesen Möglichkeiten gehört auch das Angebot der Postagenturen. Die Mitte wird den Punkt 1, wie Sie von Matthias Matti gehört haben, als Motion aufrechterhalten und die Abschreibung bestreiten. Zu Punkt 2: Es ist richtig, dass die Post für die Agenturen nach einem Vergütungssystem handelt. Das Problem ist der sogenannte «Fixanteil». Werte Kolleginnen und Kollegen, es macht schon einen Unterschied aus, ob eine Agentur ein Detailhändler oder ein Apotheker ist. Es ist wohl unbestritten, dass die Infrastruktur- und Personalkosten sehr unterschiedlich sind. Man kann auch nicht von einem generellen Fixanteil und entsprechend fixen Beträgen für die Abgeltung sprechen. Ebenfalls sind, wie wir gehört haben, die Öffnungszeiten unterschiedlich. Dies muss auch unterschiedlich vergütet werden. Ich bin an zwei Orten an einem solchen Prozess beteiligt und muss Ihnen folgendes sagen: Es gibt ein Raster. Dieses Raster wird Ihnen vorgeführt. Dann haben Sie keine Diskussionsmöglichkeiten, Sie müssen dies entweder annehmen, oder Sie können es ablehnen. Aber eben, der Service Public ist dadurch nicht gegeben.

Dass der Kanton nicht verantwortlich ist für die Festlegung des Vergütungssystems, ist den Motionären schon klar. Aber der Kanton kann seine Verantwortung im Bereich des Service Public wahrnehmen und sich für die Post, respektive für ein kostendeckendes Vergütungssystem bei der Post, einsetzen. Dies braucht Gespräche und Verhandlungen, und es braucht auch den Willen, den Service Public als Aufgabe des Kantons wahrnehmen will. Somit bitte ich Sie um die Annahme als Motion, respektive, wo gewandelt, als Postulat anzunehmen.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Einzelsprecher. Natalie Imboden hat mich jetzt trotzdem auf den Plan gerufen. Ich möchte nichts Materielles sagen, sondern etwas Formales. Es ist spannend. Wir sind eine grosse Partei, und wir sind stolz darauf, und wir haben natürlich auch einen Wachstumskurs. Aber dass man uns nun auch noch diesen Vorstoss unterschiebt? Ich lese die Namen: Matti, Zweisimmen, Die Mitte; Stucki, Stettlen, glp; Bichsel, Merligen, Die Mitte ... Mir wäre nicht bekannt, dass sie schon zu uns gewechselt haben, aber vielleicht geschieht dies noch. Aber einfach damit dies klargestellt ist, liebe Natalie Imboden: Es ist kein SVP-Vorstoss. Aber es freut mich, dass du uns so viel Gewicht gibst und eine so grosse Bedeutung, und sicher auch ein grosses Wachstum am 27. März. Ich danke dir für diese positive Einschätzung der Situation. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Le président. La parole n'est plus demandée. Je laisse M. le directeur de La Poste s'exprimer.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Es ist schon so, dass die Post ein Dauerthema ist, fast in jeder Session dieser Legislatur, und auch heute wieder. Parallel zu den Vorstössen, die eingereicht und diskutiert wurden, in denen jedes Mal mehr oder weniger dasselbe gesagt wird, läuft die Restrukturierung. Diese ist schon bald abgeschlossen, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte. Sie ist schon bald für den ganzen Kanton abgeschlossen. Das Erstaunliche dabei ist, dass die Postdienstleistungen in jenen Regionen, aus denen diese Vorstösse in den ersten Anfängen herkamen, funktionieren. Dies lässt doch immerhin den Schluss zu, dass die Regierung ihren Auftrag wahrnimmt

und diesen Dialog mit der Post führt, auch wenn dies immer wieder angezweifelt wird. Sie führt ihn auf Augenhöhe, und sie führt ihn ganz sicher nicht in der Rolle eines Hampelmanns, wie es ein Motionär gesagt hat. Ich möchte mich sehr stark dagegen wehren und mir solche Attribute verbitten. Aber es ist so wie es ist, und da wiederhole ich mich im vierten Jahr dieser Legislatur: Die Post ist ein Unternehmen des Bundes. Das Postgesetz definiert die Leistungen, die die Post zu erbringen hat und definiert als Leitplanke, dass die Post kostendeckend sein muss. Da kann weder der Bund noch der Kanton Bern oder ein anderer Kanton auf solche Leitplanken Einfluss nehmen, wenn es das operative Geschäft betrifft.

Zu Punkt 1: Wie ich gesagt habe, wird dies durch das nationale Postgesetz vorgegeben. Die Grundversorgung der Bevölkerung muss sichergestellt sein. Dies steht dort drin. Wie gesagt, funktioniert auch der Dialog auf Augenhöhe, und die Regierung schaut darauf, ob dies sichergestellt und eingehalten wird. Deshalb beantragt die Regierung die Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Der Punkt 2 betrifft die Postagenturen. Hier ist es so, wie Grossrat Bichsel erklärt hat, dass die Konditionen zwischen der Post und den Betreibern individuell ausgehandelt werden. Es ist am Betreiber, ob er einen Vertrag unterschreibt oder nicht. Diesbezüglich hat der Kanton keine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Wenn ein Betreiber oder ein Interessent nicht unterschreibt, dann gilt Punkt 1, nämlich, dass die Post per Gesetz verpflichtet ist, die Grundversorgung sicherzustellen. Ergo muss sie eine andere Lösung suchen. Es ist nicht so, dass die Post irgendwen zu einem Knebelvertrag zwingen kann, bei dem er am Schluss noch draufzahlt, so wie hier der Eindruck vermittelt wurde. Deshalb bitte ich Sie, im Sinne der Regierung abzustimmen.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 95 de l'ordre du jour. Le chiffre 1 est maintenu sous la forme d'une motion et le classement est combattu, et le chiffre 2 est proposé sous la forme d'un postulat.

Nous allons donc voter le premier chiffre : les député-e-s qui acceptent ce chiffre sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.87: Ziff. 1 / ch. 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui	146
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté ce premier chiffre sous la forme d'une motion.

Nous allons maintenant sonder ce qu'il en est au sujet du classement : les député-e-s qui souhaitent classer ce premier chiffre votent oui, celles et ceux qui ne le souhaitent pas votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.87: Ziff. 1, Abschreibung / ch. 1, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	70
Nein / Non	71
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Ohne Stichentscheid. Vous avez refusé de le classer – non, kein Stichentscheid.

Le chiffre 2 est proposé sous la forme d'un postulat : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.87: Ziff. 2, als Postulat / ch. 2, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	68
Nein / Non	71
Enthalten / Abstentions	5

Le président. Vous rejetez ce chiffre 2 sous la forme d'un postulat.